



Der frühere NPD-Funktionär Ralf Wohlleben – hier bei einer Demonstration in Jena vor fünf Jahren – soll die NSU-Täter unterstützt haben.

DPA/MARTIN SCHUTT

NSU-Ermittler arbeiten schneller

Die Anklage gegen Beate Zschäpe wird vielleicht früher erhoben als bislang geplant

Von Andreas Förster

Im Spätsommer könnten bereits die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft gegen die mutmaßliche Mitbegründerin der rechten Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“, Beate Zschäpe, abgeschlossen werden. Offiziell bleibt Karlsruhe beim Zeitplan mit der Anklageerhebung im Herbst. Inoffiziell aber rechnen die Ermittler damit, schon früher fertig zu werden.

Die Süddeutsche Zeitung (SZ) hatte spekuliert, dass bis zur nächsten Haftprüfung von Zschäpe am 18. August zumindest ein Entwurf der Anklage vorliegen werde. Schließlich habe der Bundesgerichtshof in seinem Beschluss vom 18. Mai, in dem er die Fortdauer der Untersuchungshaft gegen Zschäpe anordnete, erklärt, dass für die Aufklärung des

„historischen Geschehens in Gänze“ bei Ermittlungen in Haftsaachen keine Zeit sei. Deshalb würden allgemeine „flächendeckende Abklärungen ein Zuwarten mit der Anklageerhebung nicht rechtfertigen“. Zudem besteht die Möglichkeit, dass die Verfahren gegen mehrere Beschuldigte möglicherweise ohne Anklageerhebung wegen Verjährung eingestellt werden. Nur die Beschuldigten, gegen die auch ein Haftbefehl existiere, müssten sich demnach vor Gericht verantworten.

In Haft sitzen derzeit noch drei Beschuldigte. Beate Zschäpe wird neben Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Beihilfe zum Mord in zehn Fällen auch Brandstiftung in einem besonders schweren Fall vorgeworfen, möglicherweise sogar in Verbindung mit versuchtem Mord. Die 37-Jährige hatte, nachdem sie

das Feuer in ihrer Zwickauer Wohnung gelegt hatte, zwar noch in der Nachbarwohnung geklingelt, wo eine 89 Jahre alte gehbehinderte Frau wohnte. Sie wartete aber keine Reaktion auf das Klingeln ab. Die Frau wurde erst später von Passanten gerettet. Spannend bleibt, ob die Bundesanwaltschaft genug Indizien zusammentragen kann, mit der sich eine Mitäterschaft Zschäpes an den Morden der NSU beweisen lässt.

Schwache Beweise

Ebenfalls noch in Haft sitzen die Neonazis André E. und Ralf Wohlleben. E., der engste Freund des in Zwickau unter falscher Identität lebenden Trios, soll an der Herstellung des sogenannten NSU-Bekennervideos mitgewirkt haben. Die Beweislage hierbei ist allerdings nicht eindeutig. Auch soll er dem

Trio eine Bahncard unter seinem Namen beschafft haben. E. wird Unterstützung einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen.

Der gleiche Tatvorwurf gilt auch für Wohlleben. Bei ihm aber geht es zusätzlich noch um Beihilfe zum Mord, weil er zwischen 1999 und 2002 dem Trio zwei Waffen beschafft haben soll, darunter die Pistole vom Typ Ceska, die später als Mordwaffe diente.

Unterstützung und Beihilfe wird auch Carsten S. zur Last gelegt, der damals im Auftrag Wohllebens die Ceska an Böhnhardt übergab. Gegen S., der kürzlich von der Haft verschont wurde, wird nach Jugendstrafrecht verhandelt werden, weil er zur Tatzeit erst 19 Jahre alt war.

Ebenfalls aus der Haft entlassen wurde Matthias D., der dem Trio zwei Wohnungen in Zwickau besorgt haben soll. Sowohl in der

Polenzstraße 2, wo Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt von 2001 bis 2008 wohnten, als auch in der Frühlingsstraße trat D. jeweils als Hauptmieter auf. Ob das allerdings reichen wird, ihm Unterstützung nachzuweisen, bleibt zweifelhaft – bislang gibt es keinen Beleg dafür, dass D. von der Existenz der NSU wusste.

Gleiches trifft auch auf Holger G. zu, dessen Haftbefehl ausgesetzt wurde. G. hatte über Jahre hinweg dem Trio geholfen, Mundlos und Böhnhardt 2001 sogar eine Waffe überbracht. Noch im August 2011 stellte er ihnen seinen neuen Reisepass zur Verfügung.

Die übrigen Beschuldigten – Mandy S., Jan W., Thomas S., Hermann S., Pierre J., Susann E. und Max-Florian B. – haben in deutlich geringerem Umfang dem Trio dabei geholfen, unter falscher Identität zu leben.

Offiziell rechtsextrem

Nach dem Eklat im vergangenen Jahr droht der Deutschen Burschenschaft bei ihrem Verbandstag endgültig die Spaltung

Von Felix Helbig

EISENACH. Am Freitagabend hat es wieder einen Festakt auf der Wartburg gegeben, danach sammelten sich die Burschen zum Fackelzug, einträchtig wirkt das immer, doch der Schein trügt. Die Deutsche Burschenschaft steht endgültig vor der Spaltung, sie hat gleich zum Auftakt ihres alljährlichen Burschentages in Eisenach einen rechtsextremen Funktionär im Amt bestätigt. Sie rückt jetzt auch ganz offiziell nach rechts.

Die Visiere waren offen, es war weit mehr als ein Scharmützel, das sich liberal-konservative und rechtsextreme Burschenschafter in den vergangenen Monaten geliefert hatten, mehr als ein einfacher Richtungsstreit. Ein offener Kampf tobte in der Deutschen

Burschenschaft, jenem Dachverband von etwa 120 Bünden und knapp 10 000 Mitgliedern. Und Burschen wie Justus Libig waren vor dem Verbandstag an diesem Wochenende wild entschlossen, den rechtsextremen Auswüchsen in der Burschenschaft endlich Einhalt zu gebieten. Nun ist der Kampf schon entschieden.

„Es ist eine krachende Niederlage“, sagte Libig der FR am Freitag, „jetzt wird endgültig deutlich, dass rechtsextreme Burschenschafter die Macht im Verband übernommen haben“. Libig ist Sprecher der erst vor wenigen Monaten gegründeten Initiative „Burschenschafter gegen Neonazis“. Gemeinsam mit anderen eher liberalen Burschen hatte er dagegen opponiert, dass der Chefredakteur der Burschenschaftlichen Blätter, Nobert Weidner, den

Theologen und Widerstandskämpfer gegen die NS-Diktatur, Dietrich Bonhoeffer, öffentlich als Landesverräter bezeichnete. Und dessen Verurteilung „rein juristisch gerechtfertigt“ nannte.



Christoph Basedow, Sprecher der Deutschen Burschenschaften

DPA

Gegen Vorstandsmitglied Weidner stimmten nur 38 von 105 Bünden beim Burschentag. Obwohl die Bonner Staatsanwaltschaft gegen ihn ermittelt. Obwohl seine Burschenschaft, die „Alte Breslauer Burschenschaft der Raczecks

zu Bonn“, schon im vergangenen Jahr mit ihren rassistischen Anträgen für einen sogenannten Ariernachweis für Neumitglieder für einen Eklat gesorgt hatte.

Verbandssprecher Christoph Basedow hält eine Spaltung des Dachverbands nun durchaus für möglich, wie er am Freitag sagte. Dafür sprechen auch andere Entscheidungen bei diesem Burschentag, die noch mehr eher liberal gesinnte Bünde zum Austritt aus dem Dachverband bewegen dürften: So übernahm die Germania Hamburg den Vorsitz der Burschenschaftlichen Gemeinschaft, dem ohnehin eher rechtsgesinnten Flügel im Verband. Die Germania hatte kürzlich für Aufsehen gesorgt, weil sie den niedersächsischen NPD-Vorstand Matthias Behrens als Gast empfangen hatte. Und schließlich ist da noch die

Personalie Kai Ming Au: An dem Mannheimer Burschenschafter, dessen Eltern aus China stammen, hatte sich der Streit um den sogenannten Ariernachweis entzündet. Nachdem der Antrag zurückgezogen worden war, kündigte Au seine Kandidatur für den Vorstand in diesem Jahr an.

Au will nun ausgerechnet gegen Matthias Brauer antreten. Brauer war 2007 bei der Marchia Bonn ausgeschlossen worden, weil er im Garten des Verbindungshauses unter „Hail White Power“-Rufen ein selbstgezeichnetes Holzkreuz abgefackelt hatte – in Amerika ist das eine Zeremonie des Ku-Klux-Klan. Brauer ist seither bei den Raczecks.

Nun gibt es unter den Fackelträgern in Eisenach nicht wenige, die ganz sicher sind, wie auch diese Wahl ausgehen wird.